

### **Eine Stationäre Wirtschaft**

Eine gescheiterte Wachstumsökonomie und eine Stationäre Wirtschaft sind nicht dasselbe.  
Es sind sehr unterschiedliche Alternativen, denen wir uns gegenüber sehen.

Herman E. Daly  
School of Public Policy  
University of Maryland  
College Park MD 20742 USA

Die Erde als Ganzes befindet sich ungefähr im Zustand des Gleichgewichts. Weder Oberfläche noch innere Masse wachsen oder schrumpfen. Der Zufluss strahlender Energie zur Erde ist gleich dem Abfluss. Und die stofflichen Importe aus dem Weltraum sind ungefähr gleich den Exporten (beides vernachlässigbar). Das heißt jedoch nicht, dass die Erde statisch ist – innerhalb eines Gleichgewichtssystems kann sich qualitativ sehr viel verändern. Und genau das ist auf der Erde geschehen. Die wichtigste Veränderung in jüngster Zeit war das ungeheure Wachstum eines Untersystems der Erde, nämlich der Wirtschaft, im Verhältnis zum Gesamtsystem, der Ökosphäre. Dieser gewaltige Wechsel von einer „leeren“ zu einer „vollen“ Welt ist wahrhaftig „etwas Neues unter der Sonne“ wie der Historiker J.R.McNeil es in seinem gleichnamigen Buch nennt. Je mehr sich die Wirtschaft dem Gesamtmaßstab der Erde annähert, desto mehr wird sie sich auch dem physischen Verhaltensmodus der Erde anpassen müssen. Und dieses Verhalten ist ein Gleichgewicht – ein System, das zwar qualitative Entwicklung erlaubt, nicht aber die Anhäufung quantitativen Wachstums. Wachstum bedeutet: mehr von demselben. Entwicklung bedeutet: mehr,- aber von etwas Besserem (oder wenigstens Anderem). Die uns verbliebene natürliche Welt ist nicht länger in der Lage, die Quellen und Senken für den stofflichen Durchsatz in dem Ausmaß zur Verfügung zu stellen, wie das nötig wäre, um die jetzige Wirtschaft in ihrer Überdimensioniertheit zu erhalten – geschweige denn eine, die noch darüber hinaus wächst. Die Ökonomen haben sich zu sehr auf den Blutkreislauf der Wirtschaft fokussiert und es vernachlässigt, den Verdauungstrakt zu studieren. Wachstumsdurchsatz heißt, mehr von derselben Nahrung durch einen sich ständig vergrößernden Verdauungstrakt zu pumpen. Entwicklung heißt, bessere Nahrung zu essen und sie gründlicher zu verdauen. Es ist völlig klar, dass die Wirtschaft sich den Gesetzen des Gleichgewichtes anpassen, sich qualitativ entwickeln, und damit aufhören muss, quantitatives Wachstum anzuhäufen. Das BIP-Wachstum vermischt diese beiden sehr unterschiedlichen Dinge.

200 Jahre lang haben wir in einer Wachstumsökonomie gelebt. Deshalb fällt es uns schwer, uns vorzustellen, wie eine Stationäre Wirtschaft (Steady State Economy = SSE) aussehen könnte, obwohl die Menschheit die längste Zeit ihrer Geschichte in einer Wirtschaftsform gelebt hat, in der das jährliche Wachstum vernachlässigbar war. Es gibt Leute, die denken, eine Stationäre Wirtschaft bedeutet, frierend im Dunkeln zu hocken, unter kommunistischer Tyrannei. Andere sagen, die großen technologischen Verbesserungen (Energieeffizienz, Recycling) machen uns die Anpassung derart leicht, dass es ein reiner Spaß sein wird.

Ob nun schwer oder leicht– wir müssen eine Stationäre Wirtschaft, d.h. eine Wirtschaft im Gleichgewicht, anstreben, weil wir einfach nicht weiter so wachsen können wie bisher. Tatsächlich ist das sogenannte „ökonomische“ Wachstum heute bereits unökonomisch geworden. Die Wachstumswirtschaft ist dabei zu scheitern. In anderen Worten, die quantitative Ausdehnung des ökonomischen Untersystems lässt die ökologischen und sozialen Kosten schneller wachsen als die Segnungen der Produktion. Sie macht uns ärmer, nicht reicher, wenigstens in den Hochkonsumländern. Und selbst neue Technologien verschlimmern manchmal noch die Lage. So hatte z.B. Tetra-Ethyl-Blei zwar den Vorteil, das Motorklopfen zu reduzieren aber auf Kosten der

Verbreitung giftigen Schwermetalls in der Biosphäre; die Chlorfluorkohlenwasserstoffe hatten den Vorteil eines ungiftigen Treibgases und Kühlmittels, aber auf Kosten der Entstehung eines Lochs in der Ozonschicht, die uns vor zu viel ultravioletter Strahlung beschützen soll. Das Wachstum der Wirtschaft vermehrt heute die Kosten schneller als die Vorteile. Das wird allerdings nicht sehr augenfällig, weil wir uns nicht die Mühe machen, die beiden Begriffe in unserer nationalen Buchführung sauber auseinander zu halten. Stattdessen werfen wir sie in einen Topf und führen sie beide unter der Rubrik „Aktivität“ in der BIP-Rechnung.

Dabei haben ökologische Ökonomen den empirischen Beweis dafür geliefert, dass das Wachstum in den Hochkonsumländern bereits heute unökonomisch ist (siehe ISEW, GPI, ökologischer Fußabdruck, Happy Planet Index). Die neoklassischen Ökonomen sind nicht in der Lage zu beweisen, dass Wachstum, ob als Stoffdurchsatz oder im BIP, unsere Lage verbessert anstatt sie zu verschlechtern. Deshalb ist es blanke Arroganz, wenn sie damit fortfahren, uns die Anhäufung von Wachstum als die Lösung aller unserer Probleme zu predigen. Jawohl, die meisten unserer Probleme (Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung) könnten wir leichter lösen, wenn wir reicher wären. Aber darum geht es nicht. Die Frage ist: macht uns das BIP-Wachstum auf Dauer wirklich reicher? Oder macht es uns ärmer?

Für arme Länder bringt das BIP-Wachstum immer noch eine Vermehrung des Wohlstands, wenigstens, wenn es vernünftig verteilt wird. Die Frage ist: Was sollten die reichen Länder tun, um den armen Ländern am besten zu helfen? Die Antwort der Weltbank: die reichen sollten so schnell wie möglich weiter wachsen, um den armen Ländern Märkte zu eröffnen, und sie sollten Kapital akkumulieren, um es in den armen Ländern zu investieren. Die Antwort der Stationären Wirtschaft: die reichen Länder sollten ihren Wachstumsdurchsatz reduzieren, um Ressourcen und ökologische Räume freizugeben zur Nutzung durch die armen. Gleichzeitig sollten sie sich zuhause auf das Gebiet der Entwicklung konzentrieren, auf technische und soziale Verbesserungen, die sie mit den armen Ländern freigiebig teilen können.

Der klassische Gleichgewichtszustand setzt die biophysischen Größen – Bevölkerung und Kapitalstock (alle dauerhaften Arbeits- und Konsumgüter) - als gegeben voraus und passt Technologie und Bedürfnisstruktur an diese objektiven Bedingungen an. Das neoklassische „Gleichgewicht“ dagegen (proportionales Wachstum von Kapitalstock und Bevölkerung) geht umgekehrt vor. Es setzt Bedürfnisse und Technologie als gegeben voraus (wobei es die Bedürfnisse für unbegrenzt hält und die Technologie für mächtig genug, die Welt unendlich zu erweitern) und passt sich durch das Wachstum der biophysischen Größen an. Auf einer tieferen Ebene stehen sich so zwei Weltansichten gegenüber. Da ist auf der einen Seite die klassische Ansicht, dass der Mensch ein Geschöpf sei, das sich letztendlich den Grenzen der Schöpfung anzupassen habe, von der es ein Teil ist (Endlichkeit, Entropie, ökologischer Bezug). Auf der anderen Seite steht die neoklassische mit dem Menschen als Schöpfer, der alle Grenzen überschreiten und die Schöpfung umformen kann gemäß seinen subjektiven, individualistischen Vorlieben, die er für die Wurzel allen Wertes hält. So ist schlussendlich Ökonomie zugleich Religion.

Wenn wir aber - zusammen mit John Stuart Mill und den anderen klassischen Ökonomen - die Notwendigkeit einer Stationären Wirtschaft akzeptieren, sollten wir uns einmal vorstellen, wie das aussehen könnte. Doch zuvor eine Warnung: eine Stationäre Wirtschaft ist keine gescheiterte Wachstumsökonomie. Ein Flugzeug ist für die Vorwärtsbewegung gebaut. Sollte es versuchen auf der Stelle zu schweben, dann stürzt es ab. Und es macht auch keinen Sinn, einen Hubschrauber als Flugzeug anzusehen, das nur nicht in der Lage ist, vorwärts zu fliegen. Es ist einfach ein anderes Ding, das dafür gebaut ist, auf der Stelle zu schweben. Genauso ist eine Stationäre Wirtschaft nicht dafür gebaut zu wachsen.

Wenn wir Mill folgen, dann könnten wir eine Stationäre Wirtschaft als eine Wirtschaftsform mit gleichbleibender Bevölkerungszahl und gleichbleibendem Kapitalstock beschreiben und einer nachhaltig niedrigen stofflichen Durchsatzrate, die sich innerhalb der regenerativen und assimilativen Möglichkeiten des Ökosystems bewegt. Das bedeutet: niedrige Geburtenraten gleich niedrige Todesraten und niedrige Produktionsraten gleich niedrige Abnutzungsraten (Wertminderungsraten). Niedriger Durchsatz, das heißt hohe Lebenserwartung der Menschen und hohe Langlebigkeit der Produkte. Oder anders und mehr funktionell ausgedrückt: wir könnten die Stationäre Wirtschaft in den Begriffen eines konstanten Durchsatzes in einer nachhaltigen (niedrigen) Höhe definieren, wobei Bevölkerung und Kapitalstock sich jeder Größenveränderung anpassen können, die von dem konstanten Durchfluss aufrecht erhalten werden kann, von der Rohstoffentnahme bis hin zur Entsorgung.

Wie könnten wir in einer Stationären Wirtschaft den Durchsatz begrenzen und auf diese Weise indirekt auch Kapitalstock und Bevölkerung? Da die Rohstoffentnahme sich räumlich begrenzter vollzieht als der Entsorgungsvorgang, sollte die Hauptsteuerung auf Seiten der Rohstoffentnahme oder des Zuflusses erfolgen. Eine Erhöhung der Rohstoffpreise auf der Inputseite würde indirekt auch die Entsorgungsbelastung für die Umwelt vermindern und eine größere Effizienz auf den davorliegenden Produktionsstufen erzwingen. Mit einem Auktionshandelssystem für Verbrauchsobergrenzen bei den grundlegenden Ressourcen, besonders den fossilen Energien, könnte man eine Menge erreichen, ebenso wie mit einer ökologischen Steuerreform. Darüber später.

Wenn wir in einer Stationären Wirtschaft damit aufhören, Wachstum anzuhäufen, weil es unökonomisch ist,- wie verhalten wir uns dann der Armut gegenüber? Die einfache Antwort ist: Umverteilung – und zwar indem man die Spanne tolerierbarer Ungleichheit begrenzt, durch ein Minimal- und ein Maximaleinkommen. Und was wäre eine solche angemessene Spanne der Ungleichheit – eine, die besondere Leistungen und Beiträge zur Gemeinschaft belohnt anstatt nur Privilegien zu vervielfachen? Plato dachte dabei an einen Faktor 4. Institutionen wie Universitäten, der Staatsdienst und das Militär scheinen bei uns mit einem Faktor 10 oder 20 auszukommen. In der amerikanischen Wirtschaft beträgt er über 500. Könnten wir, als ersten Schritt, die Gesamtspanne auf – sagen wir – einen Faktor 100 verringern? Zur Erinnerung, wir befinden uns in einer Stationären Wirtschaft und müssen nicht länger versuchen, massive Anreize für (unökonomisches) Wachstum zur Verfügung zu stellen! Und da wir nicht versuchen, die Anhäufung von Wachstum zu stimulieren, müssen wir übrigens auch nicht mehr Milliarden für die Werbung ausgeben. Anstatt Werbung als steuerlich absetzbare Produktionskosten zu behandeln, sollten wir sie als das besteuern, was sie ist: als öffentliches Ärgernis. Wenn Ökonomen wirklich glauben, dass der Kunde König ist, dann sollte man ihm gehorchen anstatt ihn zu manipulieren, voll zu texten, in die Ecke zu treiben und über den Tisch zu ziehen.

Freihandel wäre in einer Stationären Wirtschaft nicht möglich, da die inländischen Firmen notwendigerweise viele Zukunfts- und Umweltkosten mit einrechnen müssten, welche die ausländischen, in Wachstumsökonomien ansässigen Firmen vernachlässigen könnten. Diese ausländischen Firmen wären die Gewinner im Wettbewerb, nicht etwa weil sie effizienter wären, sondern einfach weil sie nicht die Kosten der Nachhaltigkeit bezahlen müssten. Es könnte allerdings internationalen Handel unter der Bedingung geben, dass diese Unterschiede durch entsprechende Regeln ausgeglichen würden (kompensatorische Zolltarife). Ebenso sehr könnte ein „Freihandel“ unter denjenigen Nationen stattfinden, die sich in ihrer Rechnungsführung in gleicher Weise der Nachhaltigkeit verpflichtet haben. Man könnte erwarten, dass der IMF, die Weltbank und die WTO auf solche Regulierungen hinarbeiteten. Stattdessen jedoch fördern sie den globalen Freihandel und die freie Mobilität des Kapitals (d.h., die Deregulierung des internationalen Handels) Nur kein Protektionismus! Aber der Schutz einer effizienten nationalen Politik der Kosteninternalisierung ist nicht dasselbe wie der Schutz einer ineffizienten Firma.

Die Forderung, der Welthandel müsse „frei“ bleiben, dann wäre der wechselseitige Nutzen garantiert, gründet sich auf Ricardos Argument der komparativen Kostenvorteile. Ein Land soll die Produkte herstellen, die es im Verhältnis zu anderen Gütern billiger herstellen kann, als es in anderen Ländern der Fall ist. In der Spezialisierung auf ihre jeweiligen komparativen Kostenvorteile gewinnen beide Partner ungeachtet der absoluten Kosten (so könnte ein Land möglicherweise alle Güter billiger produzieren, aber es würde trotzdem gewinnen, durch die Spezialisierung auf das, was es im Verhältnis billiger herstellen und dann für andere Güter eintauschen kann). Das ist logisch. Aber wie alle logischen Argumente ist auch der komparative Kostenvorteil auf Prämissen aufgebaut. Und die wichtigste Prämisse ist die, dass das Kapital (und andere Faktoren), während es sich frei innerhalb der Wirtschaftszweige einer einzigen Nation bewegt, sich nicht zugleich zwischen den Nationen bewegt. Denn wenn das Kapital ins Ausland abwandern könnte, hätte es keinen Grund mehr, sich mit dem relativen Kostenvorteil zuhause zufrieden zu geben, sondern würde den absoluten Vorteil suchen - die absolut niedrigsten Produktionskosten weltweit. Warum nicht? Bei freiem Handel könnte ein solches Produkt dann überall auf dem Globus verkauft werden, auch in der Nation, die das Kapital eben gerade verlassen hat. Sicherlich lassen sich aus einem Handel auf der Grundlage des absoluten Kostenvorteils globale Gewinne erzielen. Allerdings gibt es dabei keine Garantie eines gegenseitigen Vorteils. Einige Länder könnten dabei auf der Strecke bleiben.

Und nun kommt das Problem. Der IMF predigt zwar den Freihandel auf der Basis des komparativen Kostenvorteils und das schon seit langem. In letzter Zeit aber hat er damit begonnen, auch noch das Evangelium der Globalisierung zu verkündigen, was zusätzlich zum Freihandel die freie internationale Mobilität des Kapitals bedeutet – genau das also, was der komparative Kostenvorteil verbietet! Doch wenn man die Herren vom IMF damit konfrontiert, winken sie ab, unterstellen einem Fremdenfeindlichkeit und wechseln das Thema.

Indem sie den Interessen der multinationalen Konzerne dienen, widersprechen sich IMF, WB und WTO selber. Die internationale Mobilität des Kapitals, gepaart mit schrankenlosem Freihandel, erlaubt es den Konzernen, im öffentlichen Interesse geschaffene nationale Regulierungen zu umgehen und eine Nation gegen die andere auszuspielen. Da es keine Weltregierung gibt, agieren sie letztlich außerhalb jeder Kontrolle. Die Formation, die heute einer Weltregierung am nächsten kommt (eben IMF-WB-WTO), hat bislang wenig Interesse an einer Regulierung des transnationalen Kapitals im Sinne des Allgemeinwohls gezeigt. Ihr Ziel ist es, den Konzernen zu mehr Wachstum zu verhelfen unter der Annahme, dass Wachstum gut für alle sei – und Punktum. Wenn der IMF wirklich wünschen würde, die internationale Mobilität des Kapitals zu begrenzen, um weltweit die komparativen Kostenvorteile zu sichern, dann könnte er mehrere Dinge tun. Er könnte eine Einschränkung der Aufenthaltsdauer für ausländisches Investment vorantreiben, um Kapitalflucht und Spekulation zu begrenzen; er könnte eine Besteuerung aller transnationalen Zahlungsvorgänge vorschlagen (Tobin-Steuer); und vor allem könnte er Keynes' Vorschlag einer multilateralen internationalen Clearing-Stelle wieder neu beleben, welche fortlaufende Ungleichgewichte in der Bilanzierung direkt bestrafen würde (sowohl hinsichtlich der Defizite als auch der Überschüsse). Das würde die Herstellung eines kompensatorischen Gleichgewichts in der Kapitalbilanz fördern und hätte eine Reduzierung der internationalen Kapitalbewegungen zur Folge.

Für eine Stationäre Wirtschaft, die sich bereits im demographischen Übergang zu einer konstanten Bevölkerung befindet, wird es zum Problem, dass dann notwendigerweise das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt – mehr Rentner im Verhältnis zu Arbeitern. Eine Anpassung könnte durch Steuererhöhungen geschehen, eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters, oder niedrigere Altersbezüge. Das System befindet sich zwar kaum in einer „Krise“, aber diese Anpassungen sind sicherlich unumgänglich, um Nachhaltigkeit zu erreichen. Für viele Länder ist die Immigration zu einer wichtigeren Quelle des Bevölkerungswachstums geworden als die natürliche Vermehrung.

Immigration kann das strukturelle Altersproblem zwar zeitweilig entlasten, aber das Bevölkerungsgleichgewicht erfordert es, dass Geburten plus Zuwanderung gleich sind Todesfällen plus Abwanderung. Es lässt sich schwer sagen, was politisch inkorrekt ist, Geburtenbeschränkung oder Einwanderungsbegrenzung. Viele ziehen es vor, lieber gar nicht erst nachzurechnen als sich dem einen oder dem anderen zu stellen.

Die Stationäre Wirtschaft bringt ebenfalls einen „demographischen Übergang“ der Produktpopulationen von kurzlebigen zu langlebigeren, haltbareren Gütern mit sich, die mit geringeren Durchsatzraten produziert werden. Eine Population von 1000 Autos, die 10 Jahre lang halten, erfordert eine Neuproduktion von 100 Wagen pro Jahr. Wenn noch langlebiger Autos hergestellt werden, die 20 Jahre lang halten, dann brauchen wir eine Neuproduktion von nur 50 Wagen pro Jahr. Um das Letztere als Fortschritt anzusehen, ist ein Perspektivwechsel nötig, weg von einem Denken in absoluten Verkaufszahlen und kurzfristigem Gewinn, hin zu einem Denken, das die Produktion aus der Sicht der Instandhaltung neu definiert. Ziehen wir Folgendes in Betracht: wenn wir 1000 Autos und ihre Transportdienste erhalten können, indem wir nur 50 Wagen pro Jahr ersetzen anstatt 100, dann sind wir in jedem Fall besser dran – derselbe Kapitalstock erbringt dieselbe Dienstleistung mit nur der Hälfte des Durchsatzes. Trotzdem ist es den meisten Ökonomen fremd, die Produktion als Unterhaltskosten zu verstehen, die minimiert werden müssen. Das Leasing-System stellt eine Anwendung dieses Denkens dar. Man kauft die Produkte nicht, sondern leiht sich ihren Dienst aus (von Teppichen bis hin zu Kopiermaschinen), während der Verleiher/Eigentümer die Geräte unterhält, zurückfordert und am Ende ihres nützlichen Daseins recycelt.

Obwohl die Hauptschubkraft der Reformen in Richtung Stationäre Wirtschaft dahin geht, neues, knappes und wirklich wettbewerbsfähiges Kapital und Dienstleistungen unter die Regie des Marktes zu bringen, sollten wir das gegenteilige Problem nicht übersehen, nämlich diejenigen Güter, die sich von ihrer Art her nicht für den Wettbewerb eignen, aus ihrer künstlichen Marktgebundenheit zu befreien. Es gibt einige Güter, die ihrer Natur nach nicht auf den Markt gehören und die von ihrer unrechtmäßigen Einbeziehung in das Preissystem befreit werden sollten. Ich meine damit vor allem das Wissen. Das Wissen wird nicht - wie der stoffliche Durchsatz – bei gemeinsamer Nutzung aufgeteilt, sondern es wird vervielfacht. Sobald Wissen einmal existiert, sind die Kosten gemeinsamer Nutzung gleich Null und auch der Preis dafür sollte gleich Null sein. Internationale Entwicklungshilfe sollte immer mehr die Form freiwillig und aktiv geteilten Wissens annehmen, unterstützt von kleineren staatlichen Zuschüssen, und immer weniger die Form großer zinsbewehrter Anleihen. Wissen zu teilen kostet wenig, schafft keine nicht mehr rückzahlbaren Schuldenberge und vermehrt die Produktivität wirklich wettbewerbsfähiger und knapper Produktionsfaktoren. Vorhandenes Wissen ist der wichtigste Input für die Produktion von neuem Wissen, und es künstlich knapp und teuer zu halten wäre pervers. Patentrechte (also „intellektuelle Eigentumsrechte“) sollten deshalb seltener vergeben werden und kürzere Laufzeiten haben.

Was würde mit der Zinsrate in einer Stationären Wirtschaft geschehen? Würde sie nicht auf Null fallen, ohne Wachstum? Das wäre unwahrscheinlich, denn Kapital wäre immer noch knapp, es gäbe immer noch die positive Gegenwartspräferenz als Zinsmotiv, und der Wert der Gesamtproduktion könnte immer noch wachsen, auch ohne Wachstum des physischen Durchsatzes – als Ergebnis qualitativer Entwicklung. Investitionen in qualitative Verbesserungen könnten einen Wertzuwachs erbringen, aus dem Zins gezahlt werden könnte. Allerdings wäre die Produktivität des Kapitals ohne Wachstum des stofflichen Durchsatzes sicherlich geringer. Deshalb würde man in einer Stationären Wirtschaft einen niedrigen Zinsstand erwarten, wengleich auch keine Nullrate.

Wäre ein unbegrenzter qualitativer Fortschritt (d.h., eine permanent wachsende Effizienz) möglich, also auch BIP-Wachstum für immer? Das BIP würde immer weniger materialintensiv werden. Die Umweltaktivisten wären glücklich, denn der stoffliche Durchsatz wüchse nicht; die Ökonomen wären

glücklich, denn das BIP wüchse. Ich meine, man sollte das soweit treiben wie es eben geht.- Aber wie weit könnte das gehen? Man sollte dabei bedenken, dass bei den Bereichen der Wirtschaft, die man im Allgemeinen für qualitativ hält, wie etwa die Informationstechnik, es sich bei näherer Betrachtung am Ende dann doch in der Regel herausstellt, dass sie eine substantielle physische Basis haben, einschließlich einer Reihe giftiger Metalle.

Dazu kommt, dass die Produktionsausweitung, wenn sie vor allem zum Wohl der Armen geschieht, auch aus Gütern bestehen muss, die Arme brauchen – Kleidung, ein Dach über dem Kopf und Essen auf dem Teller und nicht etwa 1001 Rezepte aus dem Internet. Insgesamt muss man sagen: auch wenn ein größerer Teil des BIP weniger materialintensiv wird, so wird sich doch das reale Austauschverhältnis zwischen den mehr und den weniger materialintensiven Gütern gegenüber den weniger materialintensiven als widerständig erweisen und die entsprechenden Produktionsanreize in Grenzen halten. Sogar die Anbieter von Informationsdienstleistungen geben schließlich den größten Teil ihres Einkommens für Autos, Häuser und Reisen aus anstatt für das immaterielle Produkt eines weiteren Zeichenmanipulators.

Kann eine Stationäre Wirtschaft dauerhaft Vollbeschäftigung bieten? Eine schwierige Frage. Aber wenn man fair sein will, muss man auch fragen, ob Vollbeschäftigung in einer Wachstumsökonomie erreichbar ist, die angetrieben wird von Freihandel, exterritorialer Finanzierung, leichter Zuwanderung von billiger Arbeit und weitverbreiteter Automation? In einer Stationären Wirtschaft werden Unterhalt und Reparatur wichtiger. Da das arbeitsintensiver ist als eine Neuproduktion und vergleichsweise geschützt vor dem Zugriff exterritorialer Finanzierung, könnten diese Dienste mehr Beschäftigung bieten. Und doch wäre es erforderlich, die Art und Weise wie die Menschen ihr Einkommen verdienen noch einmal grundsätzlicher zu überdenken. Wenn Automation und Verlagerung der Arbeit ins Ausland die Gewinne vermehren nicht aber die Löhne, dann wird das Prinzip der Einkommensverteilung durch Arbeit auf die Dauer immer weniger haltbar. Eine praktische Lösung könnte (zusätzlich zu mehr Zurückhaltung bei Automatisierung und Jobverlagerung) in einer größeren Arbeitnehmerbeteiligung am Unternehmen bestehen, so dass die Einzelnen ihr Einkommen eher aus ihrer Unternehmensbeteiligung anstatt durch Vollzeitbeschäftigung beziehen. Außerdem sollten die Gewinne aus dem technischen Fortschritt in Form von mehr Freizeit umgesetzt werden und nicht in mehr Produktion – eine lang erwartete aber unterschätzte Möglichkeit.

Was für eine Art von Steuersystem würde am besten zu einer Stationären Wirtschaft passen? Eine ökologische Steuerreform – wie bereits erwähnt – würde bedeuten, die Steuerbasis zu verschieben, weg vom Wertzuwachs (Einkommen, das durch Arbeit und Kapital verdient wird) und hin zu demjenigen, „dem Wert hinzugefügt wird“, d.h., dem stofflichen Durchsatz, vorzugsweise am Punkt der Rohstoffentnahme (am Stolleneingang oder dem Bohrkopf, dem Punkt der „Abtrennung“ vom Boden). Viele Staaten haben solche Rohstoffentnahmesteuern. Wenn man den Ursprung und engsten Punkt des stofflichen Durchsatzes besteuert, führt das zu einer effizienteren Nutzung sowohl in der Produktion als auch in der Konsumtion und erleichtert Überwachung und steuerliche Eintreibung. Wenn wir das besteuern, was wir weniger wollen (Ressourcenraub und Umweltverschmutzung) und damit aufhören, das zu besteuern, von dem wir mehr wollen (Einkommen, Wertzuwachs), so wäre das nur vernünftig – frei nach dem Stoßstangensticker: „Das Schlechte besteuern und nicht das Gute“. Diese Verschiebung könnte steueraufkommensneutral und nach und nach stattfinden. Beginnen wir z.B. damit, auf x\$ Steuer der schlimmsten Einkommenssteuer zu verzichten, die wir haben. Gleichzeitig ziehen wir x\$ der besten Rohstoffentnahmesteuer ein, die man sich denken kann. Bei der nächsten Steuerperiode entledigen wir uns der zweitschlimmsten Einkommenssteuer und ersetzen sie durch die zweitbeste Ressourcensteuer usw..

Eine solche Politik würde die Rohstoffpreise erhöhen und damit zugleich die Verbrauchseffizienz fördern. Die Rückläufigkeit einer solchen Rohstoffverbrauchssteuer könnte ausgeglichen werden,

indem man zum einen die Erlöse fortschreitend ausgibt, zum andern durch die bereits erwähnte Möglichkeit einer fortlaufenden Anpassung der Einkommensunterschiede - und nicht zuletzt durch die Tatsache, dass auch die Mafia und andere vormalige Einkommenssteuerhinterzieher diese Verbrauchssteuer zu zahlen hätten. Ressourcenversteigerungssysteme werden ebenfalls die Steuereinnahmen des Staates vermehren und auch die Auktionssteuer selber kann fortschreitend verteilt werden.

Könnte eine Stationäre Wirtschaft den gewaltigen Überbau des Finanzsektors tragen, der sich um die Erwartungen zukünftigen Wachstums auftürmt? Wahrscheinlich nicht, da Zinsen und Wachstumsraten niedrig wären. Investitionen gäbe es vor allem in den Bereichen Ersatz und qualitative Verbesserung. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde ein Gesundtschrumpfen der riesigen Schuldenpyramide stattfinden, die heute unsicher auf der Spitze der realen Wirtschaft balanciert und abzustürzen droht. Darüber hinaus sollte eine Stationäre Wirtschaft ihr Bankensystem auf sichere Füße stellen, weg von einem System mit minimaler Reservebildung und hin zu einem mit 100 Prozent Reserven.

100 Prozent Reserven, das würde unsere Geldversorgung wieder unter die Kontrolle der Regierung bringen anstatt des privaten Bankensektors. Geld würde ein wirklich öffentliches Gebrauchsgut sein anstatt nur ein Beiprodukt kommerziellen Verleihens und Borgens mit dem Ziel von mehr Wachstum. Unter dem gegenwärtigen System relativer Reserven wächst die Geldzufuhr während eines Booms und schrumpft während eines Abschwungs und verstärkt damit die zyklische Tendenz der Wirtschaft. Der Münzgewinn (Seigniorage) aus der Geldschöpfung (bei zu vernachlässigenden Kosten) und die Tatsache, dass man der Erste ist, der neues Geld ausgeben und dafür den vollen Tauschwert einstecken kann, würde sich auf diese Weise eher im öffentlichen Bereich ansammeln als im privaten Sektor. Die Reserveanforderungen, etwas das die Zentralbank heute hinweg manipuliert, könnten von dem gegenwärtig sehr niedrigen Stand allmählich auf 100% angehoben werden. Kommerzielle Banken würden ihr Einkommen durch finanzielle Vermittlung machen (stellvertretender Verleih von Spargeld) sowie durch Kontoführungsgebühren und nicht durch den Verleih von eigenhändig aus dem Nichts geschaffenen Geld gegen Zins. Wenn man nur das Geld verleiht, das tatsächlich von jemandem gespart wurde, so stellt sich die klassische Balance wieder her zwischen Abstinenz und Investition. Ein bisschen mehr Disziplin in diesem Sinn beim Verleihen und Borgens würde wahrscheinlich Debakel wie die gegenwärtige „Sub-prime-Hypotheken“-Krise verhindern. 100% Reserven würden sowohl die Wirtschaft stabilisieren als auch Kreditmanipulationen nach dem Ponzi-Prinzip erschweren.

Eine Stationäre Wirtschaft sollte keine gesamtwirtschaftliche Rechnung nach Art des BIP aufstellen, in der nichts jemals abgezogen wird. Idealerweise sollten wir 2 Konten führen, eines, das die Gewinne des materiellen Wachstums skalenmäßig erfasst und eines, das die Kosten dieses Wachstums misst. Unsere Politik sollte es sein, das Wachstum an dem Punkt zu stoppen, wo Grenzkosten und Grenzgewinne sich gegenseitig ausgleichen. Oder wenn wir unbedingt ein einziges nationales Einkommensregister behalten wollen, dann sollten wir die Einkommensdefinition des Nobelpreisträgers für Ökonomie J.R.Hicks übernehmen, nämlich das Maximum dessen, was eine Gemeinschaft in einem Jahr konsumieren kann und bei dem sie zugleich fähig bleibt, dieselbe Menge auch im nächsten Jahr wieder zu produzieren und zu konsumieren. In anderen Worten: Einkommen ist das Maximum, das konsumiert werden kann, während man die produktive Kapazität (Kapital) intakt hält. Jeder Verbrauch von Kapital, ob vom Menschen verursacht oder von der Natur, muss in der Kalkulation vom Einkommen abgezogen werden. Wir müssen ebenfalls mit dieser Asymmetrie aufhören, im BIP die Reparaturen der von uns selbst verursachten Umweltschäden dazuzurechnen, ohne vorher die Schäden, die diese Reparaturen erst nötig machten, abgezogen zu haben. Man muss sich bewusst sein, dass das Konzept von Hicks bereits per definitionem nachhaltig ist. In einer nachhaltigen Ökonomie sollten nationale Gesamtrechnungen deshalb versuchen, dem Hicksschen Einkommensbegriff zu entsprechen und das BIP aufzugeben. Das BIP so zu korrigieren, dass es

lediglich das Einkommen misst, wäre ein weniger ehrgeiziges Unterfangen als es zum allgemeinen Wohlstandsbarometer umformen zu wollen, wie oben bereits erörtert.

Das Konzept einer Stationären Wirtschaft wird in seiner Logik bestärkt durch die neusten Forschungsergebnisse der Ökonomen und Psychologen, dass nämlich der Zusammenhang zwischen absolutem Einkommen und persönlichem Glück sich nur bis zur Schwelle der „Suffizienz“ erstreckt. Über diesen Punkt hinaus bestimmt nur noch das relative Einkommen die eigene Bewertung von „Glück“. Das ist das Ergebnis sowohl von Vergleichsuntersuchungen (reiche und arme Länder zu einem bestimmten Zeitpunkt) als auch von Langzeituntersuchungen (in einem einzelnen Land, vor und nach einem signifikanten Einkommensanstieg). Wachstum kann nicht das relative Einkommen aller vermehren. Der Wohlstandsgewinn für Menschen, deren relatives Einkommen als Ergebnis weiteren Wachstums steigt, wird ausgeglichen durch den Verlust bei anderen Menschen, deren relatives Einkommen fällt. Und wenn jedermanns Einkommen proportional gleichermaßen ansteige, dann würde niemandes relatives Einkommen steigen. Folglich würde sich dann auch niemand glücklicher fühlen können. Wachstum wird auf diese Weise zu so etwas wie ein Rüstungswettlauf, bei dem beide Seiten sich ihren jeweiligen Vorsprung gegenseitig immer wieder abjagen. So ergibt sich die glückliche Folgerung, dass der Schritt in die Stationäre Wirtschaft diejenigen Gesellschaften, die den Zustand der Suffizienz erreicht haben, wenig kosten würde im Hinblick auf einen Glücksverzicht. Und angesichts dieser Aussicht könnte sich die „politische Unmöglichkeit“ einer Stationären Wirtschaft als weniger unmöglich herausstellen als das bislang erschien.

*Übersetzung mit freundlicher Genehmigung des Verfassers: P.Kirsch  
April 2011*

Name der Originaldatei: "Herman\_Daly\_thinkpiece.pdf"

Ursprünglicher Fundort <http://www.sd-commission.org.uk/publications.php?id=775>